

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher): Verwendung von Open-Source bei Verwaltung: Fluch oder Segen für die Anwender, die Softwareverantwortlichen und die Steuerzahler?

Gemäss Medienangaben bereitet die Einführung von base4kids2 von Open-Source an den Schulen erhebliche Probleme. Offenbar treten mehrmonatige Verzögerungen auf, da der Zugang und die Kompatibilität mit anderen Programmen nicht gewährleistet ist. Offenbar soll der Projektleiter auf Ende Jahr gekündigt haben. Auch müssen viele Arbeitsblätter der Lehrer völlig überarbeitet werden. Neben Manuel C. Widmer (GFL) haben die Interpellanten und die SVP Fraktion im Rahmen der Debatte vom 30.8.2018 bei der Vorlage base4kds2 als einsame Rufer in der Wüste – Cassandra gleich – vor dieser verhängnisvollen Entwicklung gewarnt und diverse Ergänzungsanträge gestellt, resp. entsprechende Anträge anderer Parteien und des Antragstellers Manuel C. Widmer unterstützt, resp. übernommen. Diese hatten u.a. zum Ziel die Kompatibilität sicherzustellen. Die wichtigen Anträge wurden leider alle abgelehnt.

Bereits am 31.10.2019 reichte unser Stadtratskollege Manuel C. Widmer (GFL) eine Kleine Anfrage ein: base4kids 2.0: Welchen Zusatzaufwand erwartet die Stadt Bern von den Lehrpersonen? (2019.SR.000307). Betr. der aufgetretenen Probleme wird ergänzend auf die entsprechenden Ausführungen unseres Kollegen verwiesen. Darin werden wichtige Fragen betr. Zeitaufwand für die Lehrpersonen gestellt. Angesichts der massiven Schwierigkeiten bei der Einführung von base4forkids2 an Schulen aber auch des Einsatzes von Open-Source in der Verwaltung stellen sich den Fragestellern weitere Fragen; insbesondere hinsichtlich der Folgen für die Betroffenen und die Steuerzahler. Leider wurde die am 7.11.2019 eingereichte dringliche Interpellation zu gleichem Thema vom Ratsbüro nicht dringlich erklärt (2019.SR.000324). Die Situation hat sich seither noch verschlechtert. Besorgte Lehrkräfte haben mittlerweile eine Petition eingereicht. Die Fragesteller sehen sich deshalb veranlasst, mittels Kleiner Anfrage in Erfahrung zu bringen, ob nebst der Schule auch in der Verwaltung Probleme mit Open-Source-Lösungen bestehen

Der Gemeinderat wird höflich ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

1. Ergeben sich – nebst der Schule – auch in der Verwaltung Probleme wegen Einsatz von Open-Source? Wenn ja, in welchen Verwaltungsbereichen? Um was für Probleme handelt es sich?
2. Was für Kostenfolgen haben diese für den Steuerzahler? Wie setzen sich diese Mehrkosten grob zusammen? Sind Nachkredite erforderlich? Wenn ja, in welcher Höhe?
3. Ergreift der Gemeinderat Massnahmen, um die Probleme bei Open-Source in der Verwaltung zu entschärfen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

Bern, 12. Dezember 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher

Mitunterzeichnende: Ueli Jaisli, Niklaus Mürner, Thomas Glauser, Janosch Weyermann

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

In fast allen Verwaltungsbereichen werden verschiedene Open-Source-Produkte eingesetzt. Der Einsatz dieser Software-Produkte muss in die IT-Landschaft der Verwaltung passen sowie die erforderlichen Anforderungen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Funktionalität erfüllen. Dies wird im Rahmen der jeweiligen Einführungsprojekte geprüft. Mit den aktuell eingesetzten Produkten bestehen in der Stadtverwaltung keine Probleme.

Zu Frage 2:

Für die Steuerzahlenden hat der Einsatz der bestehenden Open-Source-Produkte keine Konsequenzen. Nachkredite sind keine erforderlich. Mit dem Einsatz von Open-Source-Produkten werden in der Regel die Kosten verlagert: anstelle von Lizenzen bezahlt man Dienstleistungen. Dies führt in den meisten Fällen zu einem Nullsummenspiel.

Zu Frage 3:

Da wie oben erwähnt in der Stadtverwaltung keine Probleme mit Open-Source-Produkten bestehen, müssen – abgesehen von base4 kids – keine Massnahmen ergriffen werden.

Bern, 22. Januar 2020

Der Gemeinderat